

**Deutsche Delegation zur Vorstellung des 5. Staatenberichtes der Bundesrepublik
Deutschland vor dem UN Ausschuss für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte
Genf 06. und 09. Mai 2011**

**Protokoll auf Basis einer Mitschrift
Brigitte Bührlen
Forum Pflege aktuell und
WIR! Stiftung pflegender Angehöriger**

Freitag, 06. Mai 2011

Nach der Eröffnung der Sitzung durch den Chairman eröffnet **Herr Storm** als Leiter der deutschen Regierungsdelegation mit der Vorstellung seiner Delegation und der folgenden Stellungnahme:

- **2001 gab die Situation der Pflege Anlass zur Sorge.**
Nun wurden eine Reihe von Veränderungsmaßnahmen ergriffen:
 - Standard bei Ausbildung wurde geändert
 - Elemente, die zur Verbesserung der Pflegesituation führen wurden etabliert mit dem Ergebnis einer deutlichen Verbesserung der Situation.
 - 2011 wurde zum Jahr der Pflege erklärt
 - Pflegedialoge fanden statt
 - Der 2008 übermittelte Bericht wurde 2010 beantwortet
- **Finanzkrise. Deutschland** erlebte 2009 einen tiefen Wirtschaftseinbruch , die Situation auf dem Arbeitsmarkt aber war sehr gut.
 - Es wurde das Recht auf angemessene Arbeit und Gleichheit für alle Gruppen gewahrt, in einigen Bereichen sogar ausgebaut.
 - Ausbau im Bereich der sozialen Sicherungen und der Behindertenpolitik ist ein Anliegen
 - Es gibt umfassende soziale Leistungen , Kurzarbeit in Transportunternehmen....
 - Es bleibt noch viel zu tun in Deutschland
 - Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit hat oberste Priorität. Dieses Jahr ist die Arbeitslosigkeit unter 3 Mio gefallen
 - Bedingt durch demografischen Faktor gibt es Fachkräftemangel, was lange Erwerbstätigkeit mit sich bringen wird. Das gilt auch für ältere Menschen
 - Betriebliches Gesundheitsmanagement wird nötig
 - Lebenslanges Lernen ist erforderlich
- **Es wird viel für benachteiligte Menschen getan.**
 - Beispiel: Kinder aus armen Familien hängen vom Elternhaus ab.
Es wurde ein Bildungspaket zusammengestellt:
 - Kosten für Schulausflüge und Klassenfahrten werden übernommen
 - Leistungen für Schulbedarf und für Schulbeförderung werden übernommen
 - Schulnahes Lernen wird gefördert
 - Gemeinschaftliches Mittagessen wird angeboten
 - 10€ pro Monat wird für Teilnahme an Sport und Kulturangeboten zur Verfügung gestellt
- **Vereinbarkeit von Schule und Beruf**
 - Die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen an der Erwerbsquote hat sich deutlich verbessert.
 - Handlungsbedarf besteht v.a. bei Frauen mit kleinen Kindern im Hinblick auf die Vereinbarkeit von Familie und Beruf
 - Derzeit v.a. Teilzeitbeschäftigung. Angestrebt werden mehr Vollzeitarbeitsplätze.
 - Nach der Erziehungszeit gehen viele Frauen nicht mehr zurück in den Beruf
 - Rund 1,2 Mio Vollzeitstellen könnten besetzt werden
 - Beruf und Familie sollen vereinbar werden
 - Ausbau von Kindertagesstätten und -krippen

- Bis 2013 soll jedes Kind einen Rechtsanspruch auf Förderung haben
- **Eine stärkere Präsenz von Frauen in Führungsetagen** wird angestrebt
 - Die Bundesregierung arbeitet derzeit an einem Plan, mit dem Ziel die Frauenquote zu erhöhen
 - Frau von der Leyen stellt sich eine Frauenquote vor, wenn der Frauenanteil sich bis 2018 nicht auf 30% erhöht hat.
 - Es soll einen Stufenplan auf freiwilliger Basis geben
- **Migrationsthema**
 - Es gab mehrere Integrationsgipfel
 - Arbeitsmarktsituation :
 - Bildungsabschlüsse sind schlechter.
 - Arbeitslosigkeit ist doppelt so hoch wie bei Deutschen
 - Integration soll durch Qualifizierung erfolgen
 - Interkulturelle Öffnung und berufsbezogene Deutschkenntnisse sollen gefördert werden
 - Eine Willkommenskultur soll entwickelt werden
 - In 600 Beratungsstellen soll Einzelberatung etabliert werden. Das Ziel ist eine inklusive Gesellschaft auch für Behinderte
 - Es wird an einem nationalen Aktionsplan gearbeitet
- Im September 2010 wurde das **Menschenrecht auf Wasser und Sanitäres** anerkannt. Das Recht auf Wasser und angemessenes Wohnen ist ein Anliegen
- Das **freiwillige Zusatzprotokoll** wurde von Spanien, Ecuador und Mongolei ratifiziert. Deutschland will noch warten
- Deutschland will alles tun, um den **Menschenrechten national und international Geltung zu verschaffen**. Es ist ein „Herzensanliegen“

->Fragen von

C. Atangana (Kamerun)

- Können betroffene Bürger ihre Anliegen direkt vor Gericht bringen ?
- Werden soziale Anliegen vor Gericht behandelt?
- Bitte um mehr Informationen zur Gleichstellung von Männern und Frauen, welche Ergebnisse wurden erzielt? Wie ist die Situation 2011?

E. Abdel-Moneim (Ägypten)

- Dank für Hilfe bei der Revolution
- Es gibt viele Antiterrorgesetze, auch Recht für Migranten?

P. Texier (Frankreich)

- Warum Ratifizierung „vielleicht“? Ratifizierung würde positives Signal senden
- Kein Eingehen auf Menschenrechte im Statement, nur Geldthemen
- Monitoring bei Implementierung ? V.a. beim Thema Pflege
- Kann man nicht einen Ombudsmann für „Soziales“ etablieren?

Fragen in Vertretung für J. Shrijver (Niederlande):

- Werden soziale Angelegenheiten nur unter qualitativem Aspekt betrachtet, oder auch unter dem Aspekt „Menschenrechte“?
- Haben deutsche Verantwortliche ein Auge auf die Einhaltung der Rechte?

Ch. Dasgupta (Indien)

-Frage zu Finanzen.....

A. Abashidze (Russland)

- Deutschland hat Menschenrechte unterschrieben. Absatz 145 sagt, dass der Einzelne bestärkt werden soll, dass das Vorrang hat und verbindlich ist für die Menschen, die in der BRD wohnen
- Was ist Gewohnheitsrecht? Abweichende Bestimmungen oder welche Rechtsinstrumente?
- Verfassungsrecht oder Bestimmungen des Paktes, was hat Vorrang? Welches Gremium ist in Deutschland zuständig? Gerichtliche Verwertung wo? Konfliktlösung?
- Statistiken zu Religionszugehörigkeit gibt es, Statistiken zu ethnischer Zusammensetzung gibt es nicht?
- Von 85 Mio deutschen Bürgern sind 15 Mio Zuwanderer, Migranten, die keine Staatsbürger sind?
- Gibt es kulturelle Rechte?
- Wenn das Zusatzprotokoll für gut befunden wird, wie sieht es dann mit der Ratifizierung aus?
- Menschenrechte: Gibt es Liste von Gremien, die mit Menschenrechten zu tun haben?
- Viele Fragen werden auf Bundesebene behandelt.....

W. Sadi (Jordanien)

- Zusatzprotokoll sollte ratifiziert werden,nicht auf die anderen warten
- Wichtig aber ist die Umsetzung!!
- Extraterritoriale Gegebenheiten (Bericht Misereor u.a.) Bei Nahrungsmittlexporten wurden Standards nicht eingehalten
- Menschen wurden unkoordiniert vertrieben
- Gibt es Vorgehensweise zur Überprüfung von Zusammenarbeit zwischen Deutschland und EU?

H. Shin (Südkorea)

- Deutsch. Institut für Menschenrechte: Ev. Ausweitung des Mandates?
Alle Menschenrechtsverletzungen könnten vor Gericht gebracht werden. Ein nationales Gericht würde schneller handeln. EuGEH kann erst angerufen werden, wenn alle nationalen Rechtsmittel ausgeschöpft sind.
- Deutschland hat einen Petitionsausschuss: wenn Bürger Beschwerden vorbringen, bekommen sie häufig keine befriedigende Antwort. Egal ob Ombudsmann oder Petitionsausschuss, die Menschen müssen effizienten Zugang haben um Menschenrechtsverletzungen geltend zu machen! Wer ist zuständig für das Monitoring
- Wenn Deutschland Entwicklungshilfe leistet, wie wird dafür gesorgt, dass Rechte gewahrt werden?
- Gleichberechtigung positive Anstrengungen. Überall auf der Welt bemüht man sich Familie und Arbeit zu verbinden. Arbeit und Familie steht auch auf der Agenda der Männer? Auch Männer verbinden Arbeit, Haushalt und Familie? Ein Land wie Deutschland sollte führend sein.
- Gibt es beim Thema Trans-und Intersexuelle Menschen Fortschritte seit 2009? Das Thema wurde noch nicht abschließend thematisiert..... Regierungsvertreter sollten sich mit Betroffenenvertretern treffen und hören was ihre Erfahrungen sind. Aktuelle Informationen

R. Ribeiro Leao (Brasilien)

- Gilt Rechtsgleichheit vor den Gerichten?
- Kampf gegen Diskriminierung? Achtung von Unterschieden sollte nicht zu sozialem Ausschluss führen
- Artikel 9 Abs.46 5. Staatenbericht: „Rechte, die Grundrechten gleichgestellt sind“ Was ist das?

A. Tirado Mejia (Kolumbien)

- Deutschland hat Vorbildcharakter in der Welt.

- Was sind die „Referenzgrößen“ Inwieweit haben die Ministerien den Pakt als Bibel herangezogen?
- Integration ist sehr beeindruckend dargestellt. Integration auf Basis von Qualifikation entspricht nicht sozialer Integration. Welche Widerstände gibt es gegen Integration? Zusatz zum Protokoll: Wenn Herr Riedl sich der Sache annimmt, müsste es für die BRD doch grünes Licht geben, sich der Sache anzunehmen.
- „Social Comments“ (?) sollten weniger wichtig bewertet werden (Aussage eines EU Vertreters) Sie sollten eigentlich Leitlinien sein. Bitte um präzise Antwort.
- Status des Paktes : sind die Bestimmungen justitiabel? Problem, wenn es keine Beispiele gibt.
- Allgemeines Gleichstellungsgesetz: Nicht alle Paktkriterien werden eingehalten

A. Kerdoun (Algerien)

- Entwicklungszusammenhänge...
- Deutschland ist ein Vorreiter, die dynamischste Macht. Hat ein gutes internationales Profil.
- Frage:
 - Wie hoch ist heute der Anteil, den D. für die Entschuldung zusammengetragen hat?
 - Deutschland exportiert sehr viele erneuerbare Energieprojekte..... Solarenergie..... algerische Wüste..... Algerien wollte keine Megaprojekte, sondern nur kleines Projekt

S. Martinynov (Belarus)

Artikel 9: Folgen von Veränderungen im System der sozialen Sicherheit. In den letzten Jahren wurde Besorgnis in den Schlussfolgerungen ausgedrückt. Bitte nähere Informationen darüber durch die Delegation

- Arbeitslosenversicherung: früher 2 Jahre Sicherheit. Nun 6 Monate, dann Fürsorge? Das ist ein Rückschritt.
- Höhe der Arbeitslosenversicherung: ALGE II Sicherheit reicht nicht aus! Es gibt 1.5 Mio Kinder unter 15 Jahren dabei! Tatsächliche Bedürfnisse werden nicht berücksichtigt
- Renten: Rentenwert ist seit 2000 um fast 15% zurückgegangen? Rentenanpassung bleibt hinter Innovationsrate zurück. Rentenerhöhungen?
- Rentenunterschied zwischen alten und neuen Bundesländern: real großer Unterschied. Maßnahmen?
- Renten für Exbedienstete der DDR. Verfassungsgericht: sind nicht berechtigt Renten wie alle anderen zu bekommen? Folgen?
- Empfänger von Arbeitslosenleistungen müssen jede Art von Beschäftigung annehmen?

-> Antworten von Herrn Storm

an **C. Atangana (Kamerun)**

- Wir haben auf der Macroebene das Deutsche Institut für Menschenrechte . Berät Poitik und übernimmt Monitoringaufgabe für die UN. Der Ansatz des Institutes ist nicht „Alltagstauglich“
 - Gerichtswege funktionieren bis hin zum Bundesverfassungsgericht
 - Petitionsausschußsystem funktioniert sehr gut, wird gut angenommen. Zahl der Petitionen steigt
 - Es gibt eine Antidiskriminierungsstelle,
 - Eine Stelle gegen Folter
 - Eine Stelle für Bundeswehrangelegenheiten
 - Einen Patientenbeauftragten der Bundesregierung
- Alles funktioniert sehr gut. Die Aufgabenstellung ist es, Missstände abzubauen
 - In der Verbindung zum Grundgesetz sind nach dem Krieg Rechte geregelt worden

- Es gibt Rechte, Sozialstaatsprinzip..... Verfassungspraxis.....Ableitung von Tatsachen, die das GG vorgibt.....
- Die Situation der Frauen ist deutlich vorangekommen,
- die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ebenfalls

an **H. Shin (Südkorea)**

- Elternzeit: auch Väter können Auszeit nehmen. Beide Elternteile übernehmen Verantwortung
 - Pflege ist auch ein Thema für Männer
- Entwicklungszusammenarbeit: öffentliche Haushalte sollen so gestaltet werden, dass die nächste Generation nicht belastet wird. Derzeit können wir die Dinge nur auf dem derzeitigen Stand halten. Schnellere Ausweitung ist nicht möglich.....
 - Die Bundesregierung prüft die weitere Umsetzung
- Verhaftung von Menschen mit Terrorismusverdacht..... es gibt
 - das deutsche Institut für Menschenrechte.....
 - einen Wehrbeauftragten
 - Patientenbeauftragten für die Belange des Einzelnen
- Petitionsausschuss bei unbefriedigenden Antworten
 - Der Petitionsausschuss hat weitreichende Durchsetzungsmöglichkeiten, deshalb ist er sehr mächtig
- Unternehmen in Deutschland mit ausländischer Organisation.....
 - Misereor: Brasilien.....
 - CSR (corporate social responsibility) Staudamm.....

zu **Ch. Dasgupta (Indien)**

- Schuldenbremse ist der Grund, dass es im sozialen Bereich nicht weiter vorangeht.

-> Antworten

zu **A. Abashidze (Russland)**

Herr Merz:

- Statistiken über ethnische Zusammensetzung.....
 - Man würde gern mehr über Einzelne wissen.....
- Zur Verletzung von Datenschutzverletzungen.....
- Seit 5 Jahren hat man klares Bild, wie viele Migranten in Deutschland leben,
 - jeder 10. Bewohner ist Migrant.
 - Migranten sind keine homogene Gruppe, genauso wie es Deutsche auch nicht sind (Russen, GUS Staaten)
 - Die 2. und 3. Generation Türken sind nicht die Gleichen wie die 1. Generation.
 - Es gibt Bildungsdefizite.....
- Petitionsausschüsse gibt es auch auf Länderebene in den Landtagen

zu **P. Texier (Frankreich)**

- Zusatzprotokoll kommt später

zu **H. Shin (Südkorea)**

- Was das Deutsche Institut für Menschenrechte betrifft nicht Problem der Institution, sondern der Einzelfälle. Viele Petitionen müssen durchlaufen.....
- Frauen.....wurde schon erläutert.
- Transsexuelle -> Herr Germann wird antworten

zu **R. Ribeiro Leao (Brasilien)**

- Gleichheit-> Herr Kampermann antwortet
Es gibt Rechte, die Grundrechten gleichgestellt sind.

zu **W. Sadi (Jordanien)**

- Beispiele für Referenzgrößen. Wo sind die Defizite?
- Es wurde in der Pflege zeitnah viel getan:
1995 Einführung der Pflegeversicherung. In der Anfangsphase gab es Probleme.
 - Jetzt ist es besser. Nun soll der Pflegebedürftigkeitsbegriff erweitert werden.
- Die soziale Integration ist wichtig. Schule, Ausbildung, Arbeitsmarkt.
 - Nur Kinder, die die Sprache können haben gute Chancen, früh anfangen mit Sprachunterricht
 - Unter Deutschen, die keine Ausbildung haben gibt es weniger Arbeitslose wie bei Migranten.
 - Auch in Moscheevereinen wird geworben für Sprachbildung.....
 - Berufsorientierung für Jugendliche. Migranten werden ganz besonders berücksichtigt.
 - Unternehmer mit Migrationshintergrund sollen Migranten aufnehmen im Betrieb
 - General comments müssen eingehalten werden.....Einkommen/Lohn
 - Es kommt natürlich auf Auslegung an
- Deutsche Energietransporte.....

zu **S. Martinynov (Belarus)**

- Wenn jemand beschäftigungsfähig ist bekommt er bei Arbeitslosigkeit ALGE I
Dann ALGE II = Fürsorgewechsel.
 - Früher : Arbeitslosenhilfe über Jahre hinweg bezahlt, dann Sozialhilfe
ALGE II +Zusatz, damit Menschen wieder in Arbeit und Brot kommen.
 - Resultat ist ein starker Rückgang der Arbeitslosigkeitsdauer.....
- Verfassungsgerichtsurteil vom 9.2.2010: Regelsätze für Kinder sind nicht transparent hergeleitet worden.
 - Jetzt bekommen Kinder 36.-€ /Monat .
 - Die bisherige Ableitung vom Regelsatz der Erwachsenen sei nicht regelkonform.
 - Nun gibt es einen eigenen Regelsatz für Kinder
 - Fürsorgeleistungen für Kinder werden von Erwachsenen abgeleitet.
Kinderleistungen werden von Erwachsenen abgeleitet.
 - Kinderleistungen werden in Teilen als Sachleistungen erbracht:
Bildungspaket.
 - Es wird nicht beim Regelsatz aufgeschlagen. In einer Art Gutscheinsystem :
10.-€ /Monat für Bildung und ein Mittagessen für Kinder.
 - Zweckbindung ist sichergestellt.
- Rentensicherstellung: Renten sind geringer gestiegen als die Preise. Renten folgen den Löhnen der Arbeitnehmer. Wenn Löhne sinken, sinken auch die Renten.
 - Umlagefinanzierung
 - Wegen Demografieentwicklung schlechtes Verhältnis
 - Renten steigen etwas langsamer als Löhne
 - 2009 sind Löhne leicht rückläufig gewesen
 - es gibt Rentengarantie.....
 - ein Inflationsausgleich soll nicht geschaffen werden.
 - Rente Ost wurde in West DM bezahlt
 - Rentenansprüche im Osten: Im Osten bekommt man 5% mehr als im Westen
 - Angleichung der Löhne ist noch nicht abgeschlossen
 - Eckwert für den eigentlichen Rentenausgleich wird nicht geändert.
 - Stasivergangenheit.....
- Arbeitslosigkeitskriterien: ALGE II..... Bedingungen beantwortet jemand anderes, da
Herr Storm gehen muss. Verabschiedung

Herr Koller übernimmt als Stellvertreter und erteilt **Herrn Merz** das Wort.

Herr Merz (Innenministerium):

- Es geht um das deutsche Grundgesetz. Verfassung ist die Richtschnur. Es besteht ein Anspruch auf bestimmte Leistungen.....
 - Das Grundgesetz ist offen zum internationalen öffentlichen Recht. Grundsätze müssen eingehalten und beachtet werden.
Was gehört zum internationalen Recht? Internationales Recht wird nicht deutsches Recht. Es wird geprüft. Der einzelne Bürger muss in die Rechte kommen.
- Das deutsche Parlament muss Verpflichtungen als Staat übernehmen.
 - Damit die Menschen in den Genuß kommen, müssen die Staatsrechte in private Personenrechte umgewandelt werden.
Staaten haben Verpflichtungen für die eigenen Bürger und für ausländische.
- Vergehen mit terroristischem Hintergrund:
 - Behandlung zwischen verschiedenen Staaten
 - Die Personen bekommen bestimmtes Essen, können Religionen ausüben.
 - Es besteht kein Unterschied
- Zu den Stasi Angehörigen und den Rentenansprüchen werden die Kollegen des Arbeitsministeriums Stellung beziehen.

zu H. Shin (Südkorea)

- Bis 2005 Verpflichtung von 8,7 auf 10,... 2010
 - Umfang der Entschuldung 124 Mio, etwas mehr als 1% 2010
 - Menschenrechtsansatz bei der Entwicklungszusammenarbeit.
 - Dokument liegt im Entwurf vor und wird am 24. Mai 2011 vorgelegt werden zum 50 jährigen Bestehen des Entwicklungsministeriums.
 - Entwicklungszusammenarbeit besteht mit noch verschuldeten Staaten

-> FragenArtikel 6-8:**P. Texier (Frankreich)**Artikel 6:

- Ungleichheiten am Arbeitsplatz.
- Arbeit von Strafgefangenen: EU sagt, Zustimmung muss nicht vorliegen.....Das sollte geändert werden. Rechtslage sollte abgeändert werden.
- Frauen mit kleinen Kindern haben Schwierigkeiten mit Arbeitsplatz
- Männer und Frauen sollten gleich behandelt werden
- Arbeitslosenzahlen gehen nach unten.
- Männer und Frauen sollten gleich bezahlt werden. Welche Maßnahmen wurden ergriffen?

Artikel 8

- Streikrecht von Beamten. Kollektivverhandlungen: Beamte, die unter Angestelltenbedingungen arbeiten sind benachteiligt.
Was sagen die Gewerkschaften?

C. Atangana (Kamerun)Artikel 8

- Strafgefangene arbeiten für private Unternehmen: bekommen sie Bezahlung?

Z. Kedzia (Polen)Artikel 7

- Unterschiede in der Bezahlung von Rentenempfängern im Osten und im Westen.

Artikel 8

- Es gibt beim Streikrecht 2 Gruppen

- Kein Streikrecht für Lehrer weil sie Beamte sind. Wird das als Privileg betrachtet oder als Einschränkung?

J. Cong (China)

Artikel 6

- Warum waren Frauen weniger von Arbeitslosigkeit betroffen als Männer?

Artikel 7

- Rechte von Arbeitnehmern in der „Schattenwirtschaft“. Kennen die Betroffenen ihre Rechte, Hilft man ihnen?

W. Sadi (Jordanien)

- Diskriminierung Ost-West: gleicher Arbeitsmarkt?

M. Abdel-Monem (Ägypten)

Absatz 77

- „Recht auf Arbeit“ ist weitergehend als „Beschäftigung“.
 - Besteht ein Ungleichgewicht zum Konzept des Arbeitsmarktes?
 - Stabilität des Arbeitsmarktes, Rolle des Staates?

Absatz 79 letzter Satz

- Bis 2004 waren Arbeitslose in Arbeit. Frage: Sind sie arbeitsfähig?

Mittagspause

-> Antworten

Herr ?

zu **P. Texier (Frankreich)**

- 55% Gefangene arbeiten, 20% für Privatfirmen. Gefängnisleitung organisiert die Arbeit, weil es sonst zu langweilig ist.
- Die deutsche Arbeitslosenquote ist die niedrigste
- Streikrecht für Beamte: es gibt Ausnahmeregelung in der Verfassung
 - Ist Teil des sozialen Friedens.
- Post und Bahnangestellte sind keine Beamten mehr.

zu **Z. Kedzia (Polen)**

- Sind Lehrer lieber Beamte als nicht?
 - Zur Zeit besteht Nachfrage nach Lehrern.
 - Es besteht große Nachfrage nach Stellen.
 - Sie wollen gerne beamtet werden.

zu **J. Cong (China)**

- Frauen sind weniger von Arbeitslosigkeit betroffen. Das hat strukturelle Gründe.
 - Schattenwirtschaft: Man kennt die Rechte, müsste aber Steuern und Sozialversicherungsbeiträge bezahlen.
 - Am 1. Mai 2011 werden die Grenzen geöffnet.
 - Zollverwaltung bekommt weitere Kompetenzen.

zu **H. Shin (Südkorea)**

- Diskriminierung auf dem Arbeitsmarkt: Es geht um Migranten aus Drittländern.
 - Die Qualifizierung von Arbeitskräften aus Drittländern soll erleichtert werden. Das Verfahren läuft noch.
- Gehälter Ost-West: Frage der Tarifautonomie. Gehälter müssen sich nach dem Markt richten.

zu **E. Abdel- Moneim (Ägypten)**

- "Recht auf Arbeit" gibt es nicht, es gibt das Recht frei zu arbeiten.
- Weitergabe an **Herrn Heyer** wegen Arbeitslosenstatistik:
- Bis 1004 Soziale Sicherung über Arbeitslosenversicherung: Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe.....
- Jetzt gibt es eine Grundsicherung für Arbeitssuchende, das bedeutet einheitliche statistische Erfassung
- Ab 2005 erheblich mehr Arbeitslose aus statistischen Gründen.

Chairman; „Ich bin beeindruckt von der Kürze der Antworten!“

->Fragen:

Z. Kedzia (Polen)

- Der Leitlinienentwurf für die Entwicklungshilfe und soll am 24. Mai veröffentlicht werden. Beim Quellenstudium : es gibt mehrere Vorschläge, um sie in Leitlinien beziehen: „Hilfe für Kambodscha“: Überprüfung im Ausschuß.
- Landregistrierung hängt mit Fehlern/Mängeln zusammen, die sich auf bedrohte Menschen auswirken.
 - Deutschland arbeitet eng mit Kambodscha zusammen.
 - Regierungsstellen bekommen Leitlinien: wie wirkt sich das auf das Land aus?
 - Gibt es eine Beschwerdestelle, wo Menschen Klage gegen Menschenrechtsverletzungen erheben können?
 - Ist die Folgerechtspraxis umgesetzt worden?
 - Welche Rolle können die Leitlinien spielen?

E. Abdel- Moneim (Ägypten)

- In der deutschen Verfassung gibt es kein Recht auf Arbeit. Das ist interessant.
 - Frage: Hat der Pakt Vorrang oder die Verfassung??
- Verhaftete unter Terrorgesetzen: wird zur Kenntnis genommen. Wenn man auf Verdacht festgehalten wird ist das ein Problem.....
- Zusatzprotokoll: die Ratifizierenden werden die Entwicklungsländer sein

R. Ribeiro Leao (Brasilien)

Absatz 130 Bericht

- 5 Jahre Rechtsanwalt für Beamtenengewerkschaft.
Deshalb Frage: Absatz 2 völliges Verbot des Streikrechtes?

Z. Kedzia (Polen)

- Hat Deutschland vor, in naher Zukunft das Protokoll Nr. 12 der europäischen Menschenrechtskommission zu ratifizieren?

S. Martinynov (Belarus)

- Beschäftigung von Menschen mit Behinderung: Bitte Zahlen über den Zeitraum nach 2005. Wie viele Behinderte haben eine Beschäftigung?

Chairman

- Sind die Rechte des Paktes justitiabel? Deutschland hat den Pakt seit 1974 unterzeichnet. Rechte also nicht justitiabel?

-> Antworten:

zu **Z. Kedzia (Polen)**

- Leitlinien müssen nochmal angesehen werden, Menschenrecht nochmal überprüft werden.
- Vertröstung auf Montag, Telefone laufen heiß zum klären

zu **E. Abdel- Moneim (Ägypten)**

- Frage ist Kommentar.

zu **R. Ribeiro Leao (Brasilien)**

- Das Recht zum Streik ist ein Verfassungsrecht. Die Verfassung wird nicht geändert.

zu **S. Martinynov (Belarus)**

- Zahlen? Es gibt keine. Über das Wochenende wird man sich bemühen welche zu bekommen.

zu **Chairman:**

- Der Pakt ist justitiabel. Auf Grund der Verfassung und der Verfassungsrechte glauben wir, dass die Rechte abgedeckt sind. Es gibt den Lissabon Vertrag und die europäische Charta.

Zu **Z. Kedzia (Polen)**

- Antwort ist schon da: Menschenrechtsfragen sind in die Leitlinien mit einbezogen
Entwicklungshilfe an hochverschuldete Länder: 1,6 Mrd.€, 184 MIO \$ ist der Beitrag der Weltbank

-> Fragen

Artikel 10-12

A. Tirado Mejia (Columbien)

- Ausbildung "list of issue" in Bezug auf Maßnahmen gegen Suchtmittel hat der Staat nur sehr kurz geantwortet: es gibt das Problem nicht.
 - Das ist keine ausreichende Antwort! Umfassende Antwort bitte!
 - Welche Maßnahmen wurden ergriffen.
 - Gibt es Verbote? Polizeimaßnahmen?
- Psychische Gesundheit: sobald Menschen überwiesen werden haben sie keine Möglichkeit sich zu wehren. Es gibt eine große Zahl von Selbstmorden und versuchten Selbstmorden. Sind die Zahlen korrekt?
- In einigen Einrichtungen gibt es unmenschliche Bedingungen. Es gäbe Verbesserungen in Altersheimen? Bitte etwas über die Verbesserungen!
- Unis sind privatisiert worden. Bei ehemals staatlichen wurden Studiengebühren erhoben? Keine universelle Regelung?

C. Atangana (Kamerun)

- Keine Angaben zu häuslicher Gewalt. Ist das ein Straftatbestand?
- Universitätsbildung: Was wurde unternommen?

H. Shin (Südkorea)

- Transsexuelle Menschen: nähere Angaben? Ich warte noch ab!
- Situation von Bewohnern in Pflegeheimen. Die Situation ist sehr unbefriedigend, geringe Qualität, schlechte Behandlungsweise
- Keine Information dazu im 5. Staatenbericht
Jetzt ist das Jahr der Pflege. 20 % der Bevölkerung sind über 65 Jahre. Das ist ein wichtiges Problem.
 - Bitte nähere Angaben.
 - „Jahr der Pflege“, beinhaltet es Verbesserung der Pflege?
 - Problematik der älteren Menschen in Deutschland?

S. Martinynov (Belarus)

- NGO hat dargestellt, dass in Grund- und Sekundarschulen Mangelernährung herrscht.
 - Es gibt ein neues Paket für Schulkinder: wie ist es ausgestaltet?

- Kindertagesstätten? Sie sind nun viel besser?? 1/5 der Kinder haben derzeit die Möglichkeit zum Besuch? Das reicht bei weitem nicht aus! Könnten noch zusätzliche Anstrengungen unternommen werden?
- Es gibt arme Kinder, die nicht an Aktivitäten teilnehmen können?

Artikel 10

- Es gibt 7000 Straßenkinder, die auf der Strasse leben?
- Ca. 10.000 Kinder sind verwahrlost und werden mißhandelt?

Artikel 11, Abs. 255

- Die Armutsgrenze ist bei 998€
- Wie sieht 2011 aktuell die Grenze aus?
- Armutsgrenze liegt bei ? Zahlen von 2011?

Z. Kedzia (Polen)

Artikel 11 § 19.3

- Gleichbehandlungsgesetz
 - Vermietung von Wohnraum: unterschiedliche Behandlung? Diskriminierung??
 - Man möchte bessere Nachbarschaft
 - Aber diese Ausnahmeregelung wird zu schwierig für Menschen mit Migrationshintergrund, die Mieten werden höher angesetzt
 - Gefahr der Ghattobildun?
 - Wie groß ist der Umfang des Problems?

J. Cong (China)

Artikel 12 193-202

- Soziales Umfeld Aidskranker?
- Diskriminierung?

R. Barahona Riera (Costa Rica)

- Häusliche Gewalt? Aktionsplan von 2007
- Sind die Rechtsvorschriften Bundes- oder Länderrecht?
- Strafrechtssanktionen? Welche Sanktionen? Strafrechtliche Grundlage?
- Welche Fälle sind vor Gericht verhandelt worden?
- Viele türkische Frauen sind Opfer. Sehr hohes Gewaltpotential
 - Welche Schutzmaßnahmen ?
 - Strafrechtsbestand: Heirat wider Willen?
 - Frauenhäuser mehr Plätze?
- Wie hoch ist die Rente älterer Menschen?
 - Gibt es Menschen, die keine Rente bekommen?
 - Welche Leistungen können sie bekommen?
 - Wer hat keinen Rentenanspruch?

R. Ribeiro Leao (Brasilien)

- Haben auch ausländische Kinder Impfanspruch?
 - Gibt es kostenlose Medikamente?

Chairman

- Armut:
 - 8% leben unter dem Existenzminimum
 - Kinder ohne Frühstück, ist dies ein grundlegendes Problem?
 - Urteil des Bundesverwaltungsgerichtes: wird das Existenzminimum nicht geändert?
 - Welcher Grundbedarf wird angenommen?

- Obdachlosigkeit:
 - 2001, 2008, 2011 wurden Empfehlungen zu Programmen gegeben
 - Maßnahmenaber keine Aufmerksamkeit.....
 - gibt wohl keine Statistiken. Aber 2008 gab es 227.000 Obdachlose.
 - Warum gibt es keine Strategie?
 - Menschen, die keine Wohnung haben, weil sie keine Mieten zahlen?
- Flüchtlinge wohnen in engen Wohnheimen unter schlechten Verhältnissen. Das führt zu Depressionen
 - Unverzögliches Tätigwerden geplant?

->Antworten

Herr Koller:

"Die Stunde der Experten ist gekommen"

- Fragen nach Armut und Obdachlosigkeit: Deutschland ist ein Sozialstaat. Grundsicherung ist für Jeden. Menschen nehmen sie aber nicht in Anspruch. Das ist so.
- Es gibt ein Programm für warme Mahlzeiten in Schulen. Soll jetzt umgesetzt werden.
- Das gibt es auch für Pflegeheime.
 - Aktivitätenplan wird umgesetzt
- Ausgrenzung von Kindern aus weniger privilegierten Familien: es gibt 10€ /Monat für Sport, Kultur usw

Herr Kamperhoff:

- Das BMFSFJ ist für alles zuständig.
Gesundheit:
 - es gibt ein Pflegeweiterentwicklungsgesetz
 - Qualität ist ein Schwerpunkt. Alle Pflegeeinrichtungen ambulante und stationäre werden jährlich überprüft. Ergebnisse sind verständlich und nachprüfbar
 - Es gibt wissenschaftlich erarbeitete Expertenstandards zur Dekubitusprophylaxe und zum Schmerzmanagement
 - Bietet allen Pflegenden Sicherheit und Unterstützung
 - In Zukunft soll wohnortnah versorgt werden. "Ambulant vor stationär" soll gefördert werden. Wir können es uns besser zu Hause leisten
 - Mehr und besseres Fachpersonal
 - 2003 wurde durch ein Bundesgesetz Ausbildung in der Altenpflege verbessert
 - Jetzt soll die Alten- und Krankenpflege zusammengebracht werden
 - 2011 ist das Jahr der Pflege. BGM und BMFSFJ sind zuständig
 - Seit Dezember 2010 gibt es Pflegedialoge

Herr Heyer

- Menschen mit Behinderung :
 - 14,5% Arbeitslosigkeit. das ist doppelt so hoch wie bei nicht behinderten Menschen
- Kinderarmut/Armut:
 - Menschen, die in Grundsicherung leben sind armutsgefährdet, nicht arm
 - Sie können zusätzlich arbeiten und bekommen auch zusätzliche Leistungen.
- Arme Kinder
 - Ca 1 Mio
 - Leistung für Arbeitslose gelten auch für Kinder
 - Wohngeld
 - Kindergeld
 - diese Kinder sollen einen Zuschuß für Essen in der Schule bekommen.
 - 30% essen in der Schule.
 - Weitere Unterstützungen sind geplant

- Schulische Aktivitäten spielen eine Rolle. Multiplikatoren sollen angeboten werden.
- Bundesregierung und Kommunen zahlen 1,3 Mrd € /Jahr. Aufbauphase
- Wer ist arm, welche Berechnungen und Statistiken gibt es.....
 - an dem Bericht wird gerade gearbeitet. Ca. 2012 sind die Daten von 2010 dann da. Sie müssen wissenschaftlich aufgearbeitet und interpretiert werden..
 - Notwendige Daten ja, aber nur angemessene Aktionen

Herr ??

- Europäische Organisation:
 - Die Beschäftigungsquote in Europa ist 75% mit steigender Tendenz
 - Deutschland hat sich verbessert :77%. Frauen 73%.....
- Armut reduzieren:
 - Erwerbslosenhaushalte (Familien/Kinder) sollen um 20% reduziert werden

Herr Fuchs

- Altersarmut bei über 65 jährigen: geringe Erwerbstätigkeit und Grundsicherung.....
- Verschämte Altersarmut gibt es nicht.
 - Nur in 2,4% wird Grundsicherung in Anspruch genommen, "also kann das nicht so groß sein mit der Armut!"

Herr Gehrman

- Gesundheitsfragen:
 - Missbrauch Nikotin/Alkohol
Statistik: 1,3 Mio Alkoholabhängige, 200.000 Drogenabhängige (Heroin) ohne Marihuana. Deshalb ev. noch 750.000 dazu
- psychische Gesundheit:
 - Anzahl der Selbstmorde 2009-> 9500, 75% Männer
 - Zwangseinrichtungen: keine Antwort parat

zu H. Shin (Südkorea)

- Transsexuelle: sehr komplexes Thema. Seit 1981 gibt es ein Transsexuellengesetz.
 - Reform stand an, Reform wurde nicht umgesetzt.
 - Im Januar 2011 hat das Bundesverfassungsgericht festgestellt, daß Teile verfassungswidrig sind, v.a. im Bezug auf personenbezogene Daten.
 - Ein Bezug zu Personenstandsveränderung konnte nicht hergestellt werden
 - Geschlechtsangleichende OP und Hormonangleichung sind wichtig.
 - Derzeit Bemühungen gesundheitsrechtliche Regelungen mit Gesetz in Einklang zu bringen.
 - Es sollte nicht verschlechtert werden, sondern verbessert.
 - Wann die Angleichung fertig ist Herrn Gehrman nicht bekannt

zu J. Cong (China)

- HIV/Aids:
 - Es werden alle medizinisch nötigen Leistungen erbracht, die nötig sind. In Deutschland ist alles zu 100% abgedeckt. Es gibt spezielle Programme, die das soziale.....Es gibt die deutsche Aidsstiftung.
 - Anpassung der Umwelt an ihre Bedürfnisse.....
 - Internationale Aids Kampagne : Aidskranke stellen sich für Werbung zur Verfügung.
- Antidiskriminierungsgesetz hat sich bewährt.
- Versorgungsgrad ist sehr hoch

zu R. Ribeiro Leao (Brasilien)

- Es gibt Impfprogramme für ausländische Kinder. 100% ige Abdeckung ist sichergestellt

- Jeder bezahlt Versicherungsbeitrag, dadurch Zugang zu allen Medikamenten. Nur "Lifestylemedikamente" müssen selbst bezahlt werden.
- Impfungen:
 - Ausländer haben Zugang, wenn sie registriert sind.
 - Nicht Registrierte haben Zugang zur Grundsicherung. Ob Impfprogramme auch dazu gehören ist **Herrn Gehrman** nicht bekannt.

Herr Kamperhoff (BMFSFJ)

- Häusliche Gewalt: Aktionspläne 1 und 2
- Zwangsheirat: 2. Aktionsplan läuft. Gezielte Kooperation Bund/Länder
Bund-Länder Arbeitsgruppe, Steuerungs- und Koordinations Organisation
- Frauenhäuser
 - Informationen und Erarbeitung von Empfehlungen
 - Vernetzungsstellen werden gefördert, Vernetzung der Frauenhäuser wird geleistet.
 - Fachberatungsstellen
 - Hilfstelefon "Gewalt gegen Frauen" 2012 geplant. Soll auf Dauer angelegt sein. Anonym, barrierefrei
 - 80% der betroffenen Frauen werden nicht wahrgenommen
 - Der Bericht ist in Auftrag gegeben und soll nun geschrieben werden.

Herr Plate(?)

- Explorationsstudie Gewalt..... noch kein Ergebnis.....dringt nicht nach außen.....Studie August 2011
- Zwangsheirat: 2. Aktionsplan
- Verbesserung des Rückkehrrechtes bei Verschleppung

Herr Gehrman

- psychische Gesundheit: richterliche Einweisung-> es gibt diese aber nur kurz und für wenig Zeit. Dann bekommen sie wieder alle Freiheiten
 - Es besteht hoher Schutz für Patienten. Richterliche Anordnung wird durch Patientenschutz reguliert.
 - Elektrobehandlung, Elektrokrampftherapie ist kein Elektroschock. Diese Behandlung kommt nur bei depressiven Patienten vor.....
- Universitäten (Experte kommt am Montag)
 - Es gibt einige Neuerungen , die kosten Gebühren
 - Mehrzahl erhebt Studiengebühren. Unterschiedliche Handhabung in den Ländern

->Fragen:

H. Shin (Südkorea)

- Pflegeheime..... die Pflege geht eher in Richtung häuslicher Pflege.....planen Sie auch qualifizierte Pflegekräfte einzusetzen, auch männliche Pfleger? Überall nur Frauen.....
- Transsexualität, Intersexualität: Betroffene sollten gehört werden. Sehr sensibles Thema.....

R.Barahona Riera (Costa Rica)

- Häusliche Gewalt: rechtliche Aspekte, Strafrecht: ab wann gilt es als Verbrechen Bundeszuständigkeit oder Länderzuständigkeit? Aspekt der Menschenrechte ist wichtig

W. Sadi (Jordanien)

- Pflege:
 - Ist diese Pflege erfolgreich?
 - Sind die Ergebnisse positiv?
 - Was kostet das?
 - Wie effektiv ist das?

- Welche Krankheiten oder Beschwerden haben die Menschen?
- Wo haben Sie Probleme?
- Menschenhandel
 - Deutschland ist ein Bestimmungsland für Menschenhandel.
 - Gerichtsurteile?
 - Nimmt er zu oder ab?

->Antworten:

Herr/ Frau ???

- Wir sind am Anfang eines Prozesses, am Anfang eines Wandels..... Krankenhaus Bettlägerigkeit..... Wir haben nun begonnen und umgesetzt.
 - Der Lohn für Pflegekräfte kann von der Steuer abgesetzt werden
 - In der Pflege arbeiten vor allem Frauen, aber in den Kindergärten gibt es mehr Männer als Erzieher. Es gibt "Boys und Girls Days"wir sind am Anfang.
- Recht:
 -Strafgesetzbuch gilt für übliche Tatbestände, Bundeszuständigkeit
 - Strafgesetzbuch gilt überall
- Menschenhandel: Studie wurde in Auftrag gegeben. Vor 4 Wochen wurde sie in Auftrag gegeben.

Herr ?

- Es gibt einige Zahlen im jährlichen Situationsbericht des BKA. Der letzte Bericht ist von 2009.
- Es gibt 534 Ermittlungen zum Menschenhandel (sexuelle Gründe). 11% mehr als im Vorjahr
 - Zahl und Heimatländer: 710 Opfer kommen aus Bulgarien, Polen, Türkei, Ungarn, Nigeria.
 - Der Bericht steht im Internet.

->Fragen:

C.Atangana (Kamerun)

Artikel 15

- Einschreibungskosten in Universitäten?
- Ethnische Zusammensetzung der deutschen Gesellschaft und Daten dazu?
- Sinti und Roma u.a. anerkannt? 15 Mio Menschen sind betroffen.
- Gibt es in Deutschland ein Verfahren zur Ermittlung auch der Minderheiten
- Wie können die Rechte gesichert werden?

W. Sadi (Jordanien)

- Verfassungsgericht 2009: Kindern mit Behinderung Integration?
 - Gerichtshof: man hält es also grundsätzlich für gegeben dass das getrennt ist
 - Segregierte Schulen?
- Kinder von Asylbewerbern Schulbesuch?
- Grundschulerziehung, Förderschulen/Sonderschulen wie funktioniert das?
 - Warum dieses Bildungssystem?
 - Menschenrechtserziehung fehlt wohl in der Schule?
 - Ist unser Pakt Teil der Menschenrechtserziehung?
- Einwanderer der 1. und 2. Generation? Keine guten Ergebnisse
 - Einwanderer der 2. und 3. Generation sind Problem?

J.Marchan Romero(Ecuador)

- Zahlen!....
- Normalerweise gibt es kulturelle Daten
- Ethnische Zusammensetzung?
- Rechte für Minderheiten?

- Historische Daten sind eventuell nicht mehr aktuell?
- Deutschland hat Rahmenverträge unterzeichnet. Sinti und Roma haben also Anspruch auf Rechte. Rechtsvorschriften ändern....
- Integration von Grundrechten in das deutsche Rechtssystem. Freiheit des Einzelnen kreativ zu sein
- Kulturangebot ist da, aber es wird nur von einem Teil in Anspruch genommen. Wird als zu komplex angesehen. Kultur sollte nicht nur Museen sein, sondern der Reichtum der Kultur sollte allen zur Verfügung stehen.
- Enttäuschung über Deutschland, weil Fakultativprotokoll keine Bedeutung hat. Der Pakt sollte ratifiziert werden, damit es Recht wird.

R. Barahona Riera (Costa Rica)

- Recht auf Bildung
 - wenn keine Folgemaßnahmen, was soll aus ihnen werden?
- Diskriminierung
 - Selektionsprozess in Sonderschulen -> ist schwierig
- Sexualekunde
 - was versteht man unter Sexualrechten? Reproduktionsrechten
- Häusliche Gewalt ist ein Straftatbestand in Deutschland. In der Praxis scheint das aber nicht zu klappen.

Herr ?

- Menschenrechtsbildung
 - Mehr Informationen -> hängt vom Lehrer ab. Bildung.....
 - Deutsches Institut für Menschenrechte von 2003: Menschenrechtserziehung war ganz neu. In welche Richtung geht die Entwicklung?

J. Cong (China)

Artikel 13, 348

- Lage der Migranten ohne Schulabschluss ist enttäuschend.
- 2 Probleme:
 - Medien: viele Maßnahmen zu Rassismus und Fremdenrechte
 - Internet: zum Monitoring wird Internet benutzt

->Antworten:

Herr Koller:

- In Deutschland kosten Studiengebühren zwischen € 500 und € 600 pro Semester.
 - Derzeit in 5 Bundesländern Gebühren. In 11 Bundesländern keine Gebühren
 - Es gibt keine nationalen Rechtsvorschriften
 - Kulturelle Vielfalt ist kein Problem.
- Es gibt auch in Deutschland selbst Minderheiten:

Ich komme aus dem Süden Deutschlands, aus Bayern. Dort lebt eine Minderheit in einer gebirgigen Region. Es gibt eigene Gebräuche, dort tanzt man mit Lederhosen auf Tischen.
- Häusliche Gewalt: eventuell gibt es rechtliche Regelung. Momentan kann ich dazu nichts sagen
- Sexualität: später
- Menschenrechte: Montag
- Schule ohne Abschluss.....

Zu Frau Barahona Riera:

- Versicherte in Deutschland haben während Schwangerschaft und Entbindung Anspruch auf medizinische Versorgung

- Schwangerschaftsberatung: es gibt Gesetz für Hilfe bei Konflikten während Schwangerschaft
- Zu allen Themen der reproduktiven Gesundheit gibt es Beratungszentren, Infos usw
- Es gibt die Bundesstiftung Mutter und Kind
- Auf Antrag kann Hilfe gewährt werden
- Es gibt Bundesstelle für gesundheitliche Aufklärung
- Auch Randgruppen sollen einbezogen werden
 - Die Anerkennung einer Minderheit ist eine politische Frage
- Abgänger ohne Schulabschluss: die Schule muss dafür Sorge tragen
- Arbeitsmarkthilfen: Ca 400.000 Menschen gehen zur Schule und zur Arbeit. Es gibt einen Rechtsanspruch zu einem Berufsabschluss. Berufliche Weiterbildung, Abschluss in Kombination mit Berufsabschluss
- Oft keine Lust mehr auf Schule
 - Personen mit Migrationshintergrund sind sehr heterogen
 - Problem Menschen mit türkischem Hintergrund: haben oft keine Schule besucht, keinen Schulabschluß, keinen beruflichen Abschluß
 - Arbeitsämter sensibilisieren.
 - Juni ist Tag des Job Centers
 - Es gibt Netzwerk Integration
 - Bildung wird von Ländern getragen
 - Es gibt Abstimmungsprozess

Freitag, 06.05.2011

Ende der Anhörung

Montag, 09.Mai 2011

->Frage (die am Freitag nicht mehr gestellt werden konnte)

A. Kerdoun (Algerien)

Artikel 13 und 14

- Recht auf Bildung: Fragen sind zufriedenstellend beantwortet
- Schulabbrecher: keine Zahlen dazu.....? Aber zufriedenstellend
- Lernplan 2010-2014: zufriedenstellend
- Abs. 322 des Staatenberichtes: Grundausbildung an den Schulen der Länder für Jugendliche mit Migrationshintergrund..... "Theoretisch"
 - Haben Migranten nur theoretische Rechte? Oder haben sie echte Rechte?
- Wie möchten Sie die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Probleme der Migranten lösen?
- Integration gescheitert?
 - In der Schule wohl nicht gelungen. Schule ist der Ort, wo Integration stattfinden kann.
 - Anders bei Erwachsenen?
 - Kinder lernen sehr schnell?
- Wie sieht Migrantenschicksal aus?
 - Europäer, wie sieht es für sie aus? Haben Europäer andere Möglichkeiten?

-> Antworten (auch auf Fragen vom Freitag)

Herr Koller :

- es gibt drei neue Mitglieder:
 - Herrn Kobenski (statt Herrn Fuchs)
 - Herrn Plate (statt Herrn Merz)
 - Frau Krone (Ständige Kultusministerkonferenz, Bildungsfragen) ("Als Bayer bin ich froh, dass sie hier ist")

- Themen:
 - Gewalt zu Hause
 - Medien
 - Deutsche Unternehmen im Ausland
 - Deutsche Unternehmen sollen kooperieren
 - Deutsches Recht gilt auch ausserhalb
 - Es gibt Leitlinien für deutsche Unternehmen und Hermesbürgschaften
 - Vor Bürgschaft wird Untersuchung durchgeführt
 - "Social Corporate Responsibility" Verpflichtung

Frau Krune:

- Bildung ist in Länder- nicht in Bundeszuständigkeit. Nur internationales agieren ist auf Bundesebene möglich
- Staatenbericht 2006-2008: Dynamisches Handeln macht 2008 Daten nicht mehr so relevant
- Bildungsrecht (**A. Kerdoun**): "theoretisch" ist missverständlich, sie haben die gleichen Rechte.
- Ergebnisse mir Migrationshintergrund sind schlechter-> Abschlüsse statistisch schlechter als deutsche.
 - Anteil der Gymnasiasten gesamt beträgt 33%; ohne Migrationshintergrund 37%, mit Migrationshintergrund 22%
 - Anteil auf Hauptschule gesamt beträgt 21%; ohne Migrationshintergrund 16% mit Migrationshintergrund 36%
 - ohne Abschluss.....
 - Wir sehen das Problem, es ist ein Schwerpunkt in den Ländern und Kommunen
- Wir brauchen jedes Kind und jeden Jugendlichen.
 - Integration ist nicht gescheitert, sondern die Probleme werden detaillierter wahrgenommen und nach Lösungen gesucht.
 - Sprachförderung ist wichtig. Bund und Länder haben große Programme aufgelegt.....
 - Leistungsschwächere Schüler sollen gefördert werden
 - Initiativen mit Migranten Organisationen

zu **W. Sadi (Jordanien)** und **Z. Kedzia(Polen)**:

- Menschenrechtsbildung zu wenig systematisch und eher zufällig erscheinend?
 - Selbstbestimmung und Entfaltung der Persönlichkeit stehen an erster Stelle
 - Menschenrechte und Grundgesetz stehen an erster Stelle
- Darstellung im Staatenbericht ist verbesserungswürdig, die Inhalt aber werden behandelt
- "Menschenrechtsbildung" ist ein neuer Begriff. Bislang sollte man Demokratie lernen. In dem Bereich könnten Verbesserungen stattfinden.

zu **E. Abdel- Moneim (Ägypten)**

- Sonderschulen heißen jetzt Förderschulen.
- Inwieweit werden Kinder mit Behinderungen separiert?
 - Rolle der Förderschulen: Deutschland hat ein ausgeklügeltes System im Vergleich zu anderen Ländern.
 - In den neuen Bundesländern gibt es mehr Förderschulen als in den alten
 - Differenzierte Schwerpunkte: Sehen, Hören, Lernen
 - Die Geschichte dieser Schule ist sehr speziell. Ausbau ging über 100 Jahre. Damals war es ein modernes System. Idee: es sollte ein Schutzraum gebildet werden. Die Sichtweise auf Förderschulen hat sich sehr verändert
 - Förderschwerpunkt "Lernen"
 - Problem wurde in Ländern und Kommunen überdeckt.
- Mit der UN Konvention zusammen wird es überarbeitet.

- Die Kultusministerkonferenz hat angeregt die Förderung zu verbessern. Es wird ein wesentliches Feld sein
- Bundesverfassungsgerichtsurteil 1997: Überweisung eines Kindes gegen den Willen der Eltern, wenn auch in normaler Schule Erziehung und Bildung möglich ist
 - Personelle, sächliche und gewisse motorische Bedingungen sollen eine Rolle spielen

zu **W. Sadi (Jordanien)**

- Soziale Segregation ist vergleichbar mit USA. Es gibt in Deutschland kein "busing " System
- Die Rechte sind die gleichen, wie die aller anderen. Das Thema besteht nicht, die Schulen sind stärker segregiert als das Umfeld
 - Eltern wählen Schulen aus und segregieren
 - Bildung vor Ort soll so gestaltet werden, dass Kommunen die Bildungslandschaften gemeinsam gestalten.
- Die 1. Zuwanderergeneration ist ungleich der 2. Generation:
Pisastudie 2000: die 2. Generation hat größere Probleme wie die 1. (entspricht Frankreich)
Befund macht betroffen, Erklärungen sind nicht vollständig zu belegen:
 - Bildungserfolg weist starken Zusammenhang auf zur Bildung der Eltern
 - Die 1. Generation ist komplett aufgegangen im deutschen Umfeld.
 - Die 2. Generation hat zu viele Gleichaltrige in der Schule
 - Veränderung des Arbeitsmarktes
 - Ethnische Gruppen separieren sich.
 - Es wurde gedacht, dass Integration selbstverständlich sei, aber das ist nicht so
- Maßnahmenkatalog:
 - Diagnostische Kompetenzen des Lehrpersonals benötigt
 - Einbeziehung der Eltern
 - Erhöhung der Bildung in Migrantenkreisen
 - Kultusministerin hat gemeinsame Stellungnahme mit erarbeitet
 - Kompetenz in Deutsch hat eine Schlüsselfunktion
 - Sprach-und Lesekompetenz ist die Voraussetzung von Kompetenz in allen Feldern
 - Breites Forschungsfeld
 - Über die Wirkung von Fördermaßnahmen weiß man zu wenig. Es wird Evaluation durchgeführt und unterstützt
- Wie wurde der Bericht des Sonderberichterstatters auf "Recht auf Bildung" aufgenommen?
 - Förderschule: Trend in Presse, Gesellschaft und Politik -> große Aufmerksamkeit
- 9. Menschenrechtsbericht und Bundesausschüsse
 - Staatssekretär Herr Storm (früher Bildung) 2009 Berichtstatter.....
 - Seit 2000 Pisa Studie darauf hebt Sonderberichterstatter ab. Bericht für Bildungs-und Forschungsministerium abgegeben
- Selektive Schulauslese.....
- Ergebnisse der internationalen Schulstudie C.....: Zusammenhang durch Schulstrukturen nicht belegt
 - Ungegliederte Schulsysteme schneiden eventuell besser ab
 - In Deutschland hat sich der Vergleich so nicht dargestellt
 - Armut usw sind Ursachen
- Schulsystem in Deutschland:
 - Nach der 4.Klasse Übergangsempfehlung
 - In 2 Bundesländern findet er in der 6.Klasse statt
 - Diese Schnittstellenübergänge erfolgen nicht optimal
 - Es gibt primäre und sekundäre Herkunftseffekte
 - Die Leistungen der Schüler unterscheiden sich herkunftsspezifisch

- Bildungswege, die Eltern für ihre Kinder wählen: es gilt, je niedriger der sozioökonomische Stand, werden andere Schulen gewählt.
- Hier ist Förderung nötig

zu **R.Barahona (Costa Rica)**

- Sexualekundeunterricht:
 - In Deutschland ist Sexualekunde ein fester Bestandteil in vielen Fächern.
 - Fragen von Familien usw
 - Nicht nur Gesundheitsthemen, sondern breit angelegt
 - Sexuelle Selbstbestimmung
 - Das Thema ist nach Missbräuchen in den Mittelpunkt gerückt
 - € 100Mio zur Forschung bereitgestellt
 -

Herr Kamperhoff:

zu Frau ?:

- Häusliche Gewalt:
 - Es gibt ein Körperverletzungsgesetz
 - Gewaltschutz -> Gesetz 2002, das hat Kraft gegeben
 - Täter kann aus Wohnung verwiesen werden, es kann ein längeres Kontaktverbot ausgesprochen werden
 - Wenn Täter sich nicht daran hält: Geldstrafe oder Freiheitsentzug bis zu einem Jahr
 - Für Stalking Strafrahmen bis zu 10 Jahren bei Tod des Opfers,
 - Sofortiges Kontaktverbot bin Polizeidienststelle ausgesprochen
 - Also Maßnahmen von Soforthilfe bis Gefängnis

Herr Plate:

- Hierarchie der deutschen Rechtsnorm
 - Das deutsche Rechtssystem umfasst Rechte aus dem Pakt, die voll justitiabel sind
 - Ein deutsches Gericht wird sich nicht auf den Pakt berufen, sondern auf
 - Bundesverfassungsgericht: alle Rechtsinstrumente in Deutschland unter Berücksichtigung der völkerrechtlichen Aspekte
- Fremdenfeindlichkeit:
 - Wichtiges Thema auf Grund der deutschen Geschichte
 - Regierungsprogramme
 - Es gibt Foren gegen Fremdenfeindlichkeit.....
 - Viel gesellschaftliche Aktivitäten in Bevölkerung
 - Unterstützung der Regierung
 - Verbote bestehen
 - Aussteigerprogramm für rechtsextreme Szene
 - Internetpropaganda rechtsextremer Gruppen: es gibt solche Seiten. Sie verstoßen gegen Strafrecht. Es ist ein Strafrechtsbestand
 - Wegen Rede- und Meinungsfreiheit Zurückhaltung bei Restriktion. Sie werden beobachtet.

-> Anschlussfragen:

W. Sadi (Jordanien)

- Justitiabilität bei Rechtsfragen des Paktes.
 - Der Pakt ist unterhalb der Verfassung angesiedelt
 - Gesetze der BRD werden im Licht des Paktes durchleuchtet:
Konkretes Beispiel!!
- Deutschland ist ein Bundesstaat.
 - Wie halten sich Basis, Kommunen, Länder usw an die Paktinhalte?
 - Wird der Pakt einheitlich eingehalten?

- Wird die Pakteinhaltung überwacht?
- Konkret: Wie wirkt der Pakt in Zusammenhang mit Menschenrechtsorganisationen ? Präzisere Antworten!
- Ursache häuslicher Gewalt, gibt es Untersuchungen?
- Fremdenfeindlichkeit:
 - Meinungsfreiheit wurde gesagt.
 - Es ist klar, was nicht gesagt werden darf.
 - Wo ist der Konflikt? Es gibt klare völkerrechtliche Normen!
- Schulabbrecher:
 - Gibt es Kampagnen der Regierung gegen Schulabbrecher?
 - Gesetzliche Situation ist klar. Welche Maßnahmen werden darüber hinaus ergriffen?

R. Barahona Riera (Costa Rica)

- Zu Antworten Thema Bildung:
 - Konkrete Folgemaßnahmen? Empfehlungen?
 - Aus dem Gesichtspunkt der Menschenrechte muss etwas geändert werden
 - Wird Kind mit 8-9 Jahren auf Bildungsziel ausgerichtet? Das ist sehr früh!
 - Die Kinder erfahren Beratung? Eltern treffen die Entscheidung?
 - Armut, Bildungsniveau der Eltern?
 - Auch 10 Jahre ist sehr jung. Es ist gravierend, wenn ein Kind in einer schwierigen Situation lebt.
 - Hier müsste Deutschland das System überdenken (ev. ähnlich wie in der Schweiz?)
 - Junges Alter der Kinder ist ein Problem. Es gibt ein universelles Recht auf Bildung, es muss sich etwas verändern
- Wie viele Kinder aus Zuwandererfamilien kommen an die Universitäten?

H. Shin (Südkorea)

- Sprachschulen, Förderschulen sind wichtig: wir haben es zur Kenntnis genommen
- Wie viele Kinder kommen ohne Frühstück in die Schule? Nur so können sie konzentriert lernen
 - Kennt die Bundesregierung das Problem?
 - Schulmittagessen nur mit Gutscheinen?
 - Es muss doch sichergestellt werden, dass in Deutschland Kinder mit Frühstück in die Schule gehen!

->Antworten

Herr Koller:

- Es wird versucht den Pakt einzuhalten.
 - Unser Grundgesetz deckt die meisten Punkte ab.
 - Es wird versucht Grundrechte sehr früh beizubringen
- Fremdenfeindlichkeit muss angegangen werden
 - Es gibt Abgrenzung, Meinungsfreiheit und Fremdenfeindlichkeit
 - Es gibt hohe juristische Levels
- Schulabbrecherquote, Frühstück und Alter der Kinder geht an die Bildungsexpertin

Herr Plate:

- Internationaler Pakt spiegelt Normen wieder, die im Grundgesetz niedergelegt sind.
 - Ich kann keine konkreten Fälle schildern
 - Ich kenne nicht alle Urteile
 - Der Pakt wird nicht zitiert, d.h. nicht, dass Urteil nicht im Einklang steht.
 - Wir müssen die juristische Ausbildung verbessern was den Pakt betrifft
 - Wir können Richter nicht zwingen sich mehr über den Pakt anzueignen
 - Je jünger die Richter sind, desto mehr wissen sie über den Pakt als alle Älteren
- Länder:

- im Pakt ist festgelegt, was auch bei uns festgelegt ist.
- Es gibt keinen Überwachungsmechanismus, aber sicher wird richtig gehandelt
- Fremdenfeindlichkeit:
 - Bei Hasspropaganda gibt es keinen Konflikt zwischen Meinungs- und Menschenrechten
 - Wir haben Normen, die Hasspropaganda verbieten
 - Menschen die Hasspropaganda verbreiten dürfen das nicht
 - Die meisten anderen Länder sagen, es gäbe Konflikte mit der Meinungsfreiheit
 - Sie können sicher sein, dass das ein Thema sein wird.

Frau Krune

zu **W. Sadi (Jordanien)**

- Die Anwendung des GSK (?) Paktes wie Menschenrechtsvermittlung findet statt und wird überwacht.
 - es gibt Trennung von Bund und Ländern
 - Überwachung von Inhalten gibt es nicht
- Schulen: es gibt Rahmenpläne, dann besteht pädagogische Autonomie
 - Natürlich sind Gesetze maßgeblich
 - Die Frage soll aufgenommen werden
- Maßnahmen und Kenntnis über Schulabbrecher
 - Es gibt eine Kampagne mit dem Ziel, dass bis 2015 die Zahl halbiert wird Darauf sind die meisten Maßnahmen abgestimmt
 - Das Ministerium für Bildung und Forschung unterstützt Qualifikation

zu **R. Barahona Riera (Costa Rica)**

- Übergang 4. Klasse
 - Es gibt Debatten um das Thema
 - Es zeichnet sich ab, dass es strukturelle Veränderungen geben wird
 - Viele Eltern wollen frühe Umschulung ins Gymnasium
 - In Hamburg Volksentscheid: Eltern haben es abgelehnt
 - Problemerkennung und Maßnahmen ergreifen
 - 33%-35% , teilweise sogar bis zu 50% gehen ins Gymnasium, die Eltern müssen es mittragen
- Hochschulzugang gibt es keine Diskriminierung
 - Jugendliche haben je nach sozialem Hintergrund andere Einstellung
 - 1965 gingen 8% auf die Universität, heute sind es 41%
 - Probleme sind sehr unterschiedlich, je nach sozialen Gegebenheiten
 - Durch BAFÖG bekommen über 800.000 Studierende € 375/Monat
 - Stipendiensystem wird ausgebaut
 - Für Zuwandererkinder gibt es Unterstützung
 - Bewusstsein für Bildung muss angehoben werden
 - Kinder und Eltern müssen ermutigt werden den Bildungsweg zu beschreiten
- Kinder ohne Frühstück in die Schule
 - Ca. 25 % gehen ohne Essen in die Schule
 - Schulverpflegung durch Ganztagschulen soll verbessert werden
 - Im Staatenbericht sind Zahlen
 - Fast 50% der Schulen sind Ganztagschulen, es wird Mittagessen angeboten

Herr Heyer

- Förderung von armen Kindern:
 - Wissenschaftliche Evaluation soll durchgeführt werden
 - 2013-2015 soll abgefragt werden, welche Leistungen in Anspruch genommen werden. Das ist Zukunftsmusik
- Bildungspolitik
 - Nach der ersten Bildungsentscheidung gibt es viele Querwege,

- man kann über Spezialwege andere Wege gehen, das nennt sich "zweiter Bildungsweg"
- Häusliche Gewalt
 - Armut, Arbeitslosigkeit, Schulden sind die Auslöser
 - Männer machen mehr Schulden als Frauen
 - Ohne Migrationshintergrund weniger als mit
 - Im Bereich der Aktivierung soll es gemeinsame Leistungen geben
 - Langfristige Maßnahmen wie zB Arbeitslosenberatung in Hamburg sind sehr erfolgreich. Beratung ist anonym
 - Auf Bundesebene bekommt man nicht alles mit

-> Frage

Frau Shin (Südkorea)

- Mit allem Respekt, nicht Mittagessen wurde gefragt! Frühstück!
 - Gibt es Studien von Leistungen ohne Frühstück?
 - Wird hier irgendetwas getan für die Eltern?
- Bundesregierung überwacht die Umsetzung nicht, es ist Sache der Lehrer.....?
 - Wie werden die Bemerkungen der UNO versendet?
 - Probleme bei allen föderalen Staaten?

-> Antworten

Frau Krehne

- Frühstück:
 - Studien gibt es nicht
 - Es gibt Untersuchungen zum Gesundheitsverhalten
 - Der Link zur Schule wird nicht hergestellt
 - Regierung überwacht nicht die Umsetzung
 - Inhalte der Unterrichtsstunden können nicht überprüft werden

Herr Koller

- In Deutschland gibt es ein leicht anderes System in der Pakteinhaltung
 - Lokal, regional, Bundesebene
 - Verfassung kommt vor dem Pakt
 - Deshalb sollte es sicher sein, dass Paktinhalte eingehalten werden
 - Jeder kann sich an ein Gericht wenden
- Die NGO'S sind von sich aus gekommen. Allen relevanten Beteiligten werden wir Ergebnisse mitteilen
- Abschlussbemerkung:
 - Beratungen waren auf hohem Niveau
 - Es war eine Freude hier zu sein
 - Deutschland nimmt Pakt sehr ernst
 - Das Bildungssystem diskriminiert niemanden
 - Seit 1990 Reform des Arbeitmarktes, das hat zur niedrigsten Arbeitslosenquote geführt
 - Gesundheitsversorgung ist für Alle
 - Der Austausch hat viel gebracht
 - Wir können alle Paktinhalte realisieren
 - Alle Vorschläge und Empfehlungen werden genau überprüft
 - Komplexer Zusammenhang, auf allen Ebenen Politikkoherenz
 - Dank an.....

Chairman

- Deutschland nimmt die Verpflichtungen aus dem Pakt sehr ernst, das ist erfreulich

- Ständiger Dialog wurde intensiviert
- Am Freitag, den 20. Mai werden die Abschlussbemerkungen verfügbar sein

Brigitte Bührlen

Mitglied des AK

"Forum Pflege aktuell"

www.forum-pflege-aktuell.de